



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 24. April 2026 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Erwartungen an die Politik sind hoch – und das zu Recht. Viele Bürgerinnen und Bürger sehen, dass sich etwas bewegt, spüren aber zugleich, dass noch mehr Tempo und Konsequenz notwendig sind, um Deutschland wieder nachhaltig auf Wachstumskurs zu bringen. Genau hier setzen wir als Koalition an: mit klaren Prioritäten, strukturellen Reformen und dem Anspruch, unser Land wirtschaftlich wieder stärker aufzustellen. Denn ohne Wachstum lassen sich zentrale Herausforderungen – von stabilen Renten über gute Löhne bis hin zu moderner Infrastruktur – nicht dauerhaft bewältigen.

Dabei ist für uns entscheidend: Wachstum darf nicht auf Kosten zukünftiger Generationen gehen. Solide Finanzen bleiben die Grundlage verantwortungsvoller Politik. Deshalb setzen wir auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, auf Investitionen in Innovation und auf Reformen, die unsere Wirtschaft langfristig leistungsfähig machen. Schritt für Schritt arbeiten wir den Reformstau der vergangenen Jahre ab – sei es im Gesundheitswesen, bei der Steuerpolitik oder in der Altersvorsorge.

Gleichzeitig bleibt die internationale Lage angespannt. Die Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten wirken sich weiterhin unmittelbar auf Energiepreise und wirtschaftliche Stabilität aus. Auch wenn es zuletzt erste Anzeichen für eine leichte Entspannung gibt, bleibt die Unsicherheit hoch. Umso wichtiger ist es, dass wir dort entlasten, wo die Belastungen besonders spürbar sind – etwa bei den Kraftstoffpreisen. In dieser Woche setzen wir daher die beschlossenen Maßnahmen konsequent um und sorgen für spürbare Entlastung im Alltag.

Die Sitzungswoche zeigt: Wir haben den richtigen Kurs eingeschlagen – mit klaren Reformen, gezielten Entlastungen und dem festen Ziel, Deutschland wieder nach vorne zu bringen.

Auch innenpolitische Themen spielten diese Woche eine wichtige Rolle. Informieren Sie sich darüber auf den folgenden Seiten.

Herzlich,
Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- **17 Cent weniger – Entlastung an der Zapfsäule**
- **Gespräch mit DOSB, Kanada und heimischen Bürgermeistern**
- **Gute Nachricht: 800.000 Euro für den Sport in Bad Homburg**

17 Cent weniger – Entlastung an der Zapfsäule.

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche die temporäre Reduzierung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel beschlossen. Damit setzen wir eine zentrale Vereinbarung aus dem Koalitionsausschuss zügig um, um Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft kurzfristig zu entlasten. Konkret werden die Steuersätze für Kraftstoffe für einen Zeitraum von zwei Monaten gesenkt, was – einschließlich Umsatzsteuer – zu einer Entlastung von rund 17 Cent pro Liter führt.

Die Maßnahme ist eine direkte Reaktion auf die weiterhin hohen Energiepreise, die insbesondere durch die angespannte Lage im Nahen Osten und die Unsicherheiten rund um zentrale Handelsrouten beeinflusst werden. Gerade für Pendlerinnen und Pendler, aber auch für Handwerksbetriebe, Logistikunternehmen und viele weitere Branchen bedeutet dies eine spürbare finanzielle Entlastung im Alltag.

Ergänzend zu dieser steuerlichen Maßnahme wurden bereits zuvor die Befugnisse des Bundeskartellamts gestärkt, um Preisentwicklungen im Kraftstoffmarkt besser kontrollieren und mögliche Wettbewerbsverzerrungen schneller aufdecken zu können. Ziel ist es, sicherzustellen, dass die Entlastung auch tatsächlich bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommt.

Insgesamt werden durch die Steuersenkung Entlastungen in Milliardenhöhe erzielt, die schnell und unbürokratisch wirken.

***Standpunkt:** Hohe Spritpreise treffen viele Menschen direkt – beim Weg zur Arbeit, im Alltag und in der wirtschaftlichen Tätigkeit. Deshalb ist es richtig, in einer solchen Situation gezielt zu handeln und kurzfristig für Entlastung zu sorgen.*

Mit der Senkung der Energiesteuer setzen wir ein klares Signal: Der Staat handelt, wenn Belastungen übermäßig steigen. Gleichzeitig ist entscheidend, dass solche Maßnahmen auch wirksam sind. Deshalb gehört zur Entlastung immer auch eine funktionierende Marktaufsicht, die sicherstellt, dass Preisvorteile nicht versickern.

Für uns als CDU/CSU-Fraktion gilt: Entlastung muss zielgerichtet, zeitlich begrenzt sowie finanzpolitisch verantwortbar sein. Dauerhafte Lösungen liegen in einer stabilen Energieversorgung und einer starken Wirtschaft. Die jetzige Maßnahme ist dabei ein wichtiger Schritt, um kurzfristig zu helfen und Vertrauen zu stärken. •

Weniger Bürokratie, mehr Geschwindigkeit.

In dieser Woche wurde auch das Vergabebesleunigungsgesetz durch den Bundestag beschlossen. Ziel ist es, öffentliche Beschaffungsverfahren deutlich zu vereinfachen, zu digitalisieren und vor allem zu beschleunigen.

Damit sollen wichtige Investitionen – insbesondere in Infrastruktur, Digitalisierung und Klimaschutz – schneller umgesetzt werden können.

Kern der Reform ist der Abbau bürokratischer Hürden bei Vergabeverfahren. Öffentliche Auftraggeber erhalten mehr Flexibilität, Verfahren effizienter zu gestalten. Gleichzeitig werden digitale Prozesse gestärkt, etwa durch vereinfachte Nachweispflichten und die konsequentere Anwendung des sogenannten „Once-Only-Prinzips“, bei dem Unternehmen erforderliche Daten nicht mehrfach einreichen müssen.

Ein besonderer Fokus liegt zudem auf der Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie innovativer Anbieter. Ihre Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen soll erleichtert werden, um Wettbewerb zu fördern und neue Ideen schneller in die Umsetzung zu bringen.

Mit dem Gesetz schafft die Bundesregierung die Voraussetzungen dafür, dass öffentliche Mittel schneller und zielgerichteter eingesetzt werden können – ein entscheidender Faktor für wirtschaftliches Wachstum und Modernisierung.

Standpunkt: *Deutschland braucht Tempo bei Investitionen. Zu oft scheitern wichtige Projekte nicht am politischen Willen, sondern an langwierigen Verfahren und übermäßiger Bürokratie. Das Vergabebesleunigungsgesetz setzt genau hier an.*

Mit schnelleren und einfacheren Verfahren sorgen wir dafür, dass öffentliche Investitionen dort ankommen, wo sie gebraucht werden – bei

Infrastrukturprojekten, bei der Digitalisierung und in der Wirtschaft. Gleichzeitig stärken wir den Wettbewerb und eröffnen insbesondere kleinen und innovativen Unternehmen bessere Chancen.

Für uns als CDU/CSU-Fraktion gilt: Weniger Bürokratie bedeutet mehr Handlungsspielraum für Staat und Wirtschaft. Wer Wachstum will, muss Verfahren beschleunigen und Investitionen ermöglichen. Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. •

Zukunftsbranche Raumfahrt stärken.

Deutschland will im All ganz vorne mitspielen: In dieser Sitzungswoche stand im Deutschen Bundestag die Aktuelle Stunde zur Raumfahrtmission Deutschland im Mittelpunkt. Dabei wurde deutlich, dass Raumfahrt längst zu den zentralen Zukunftsfeldern zählt – für Innovation, wirtschaftliche Entwicklung und sicherheitspolitische Souveränität.

Deutschland verfügt über eine starke Forschungslandschaft und eine leistungsfähige Industrie im Bereich der Raumfahrt. Ziel ist es, diese Stärken gezielt auszubauen und den Standort im internationalen Wettbewerb weiter zu stärken. Neben klassischen Raumfahrtprogrammen rückt dabei insbesondere der New-Space-Bereich in den Fokus, in dem Start-ups und private Unternehmen zunehmend Innovationen vorantreiben.

Ein zentraler Ansatzpunkt ist die bessere Verzahnung von Forschung, Wirtschaft und staatlichen Rahmenbedingungen. Schnellere Genehmigungsverfahren, bessere Investitionsbedingungen und mehr privates Kapital sollen dazu beitragen, Innovationen schneller zur Anwendung zu bringen. Gleichzeitig bleibt die europäische Zusammenarbeit ein wichtiger Baustein, um Synergien zu nutzen und gemeinsame Projekte voranzubringen.

Raumfahrt ist dabei kein abstraktes Zukunftsthema, sondern hat bereits heute konkrete Bedeutung – etwa für Navigation, Kommunikation, Klimaforschung und Sicherheitsfragen.

Standpunkt: Wer im 21. Jahrhundert technologisch führend sein will, darf die Raumfahrt nicht aus dem Blick verlieren. Sie ist ein Schlüsselbereich für Innovation, wirtschaftliche Stärke und strategische Unabhängigkeit.

Für uns als CDU/CSU-Fraktion ist klar: Deutschland muss den Anspruch haben, eine führende Rolle in der Raumfahrt einzunehmen. Dazu braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, langfristige Investitionen und den Mut, neue Technologien konsequent zu fördern.

Gleichzeitig gilt es, das Potenzial des privaten Sektors stärker zu nutzen und Innovationen schneller zur Marktreife zu bringen. Raumfahrt ist kein Prestigeprojekt, sondern ein entscheidender Treiber für Fortschritt und Wettbewerbsfähigkeit.

Die Aktuelle Stunde hat gezeigt: Wenn wir jetzt die richtigen Entscheidungen treffen, können wir die Zukunft dieses Schlüsselbereichs aktiv mitgestalten. •

Gespräch mit dem DOSB zur Zukunft des Sports.

Zu Beginn der Woche habe ich mich in Frankfurt am Main mit Leon Ries, Vorstandsmitglied der Deutschen Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), zu einem persönlichen Gespräch getroffen. Der Austausch fand im Haus des Sports statt und knüpfte an bereits länger geplante Gespräche zu zentralen Themen der Jugend- und Sportpolitik an.



Im Mittelpunkt standen aktuelle Herausforderungen und Perspektiven im Bereich des organisierten Sports – insbesondere mit Blick auf Jugendpolitik, Bewegungsförderung und gesellschaftliche Teilhabe. Themen wie der zunehmende Bewegungsmangel bei jungen Menschen, die Rolle des Sports im Ganztage sowie mögliche Auswirkungen politischer Vorhaben auf die Vereinsstrukturen wurden intensiv diskutiert.

Darüber hinaus ging es auch um übergeordnete Fragen der Sportentwicklung in Deutschland, etwa im Kontext einer möglichen Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele sowie die Bedeutung des Sports für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Integration. Der organisierte Sport leistet hier einen unverzichtbaren Beitrag – gerade für junge Menschen.

Das Gespräch hat deutlich gemacht, wie wichtig ein enger Austausch zwischen Politik und den Akteuren des Sports ist.

Ich danke Leon Ries für das offene und konstruktive Gespräch und nehme viele wichtige Impulse für die weitere parlamentarische Arbeit mit. •

Starker Partner Kanada im Dialog.

Ein weiteres persönliches Gespräch am Rande der Sitzungswoche habe ich mit David Murphy Haglund, Leiter der politischen und wirtschaftlichen Abteilung der kanadischen Botschaft in Berlin, führen könne. Im Mittelpunkt des Austauschs standen die deutsch-kanadischen Beziehungen sowie gemeinsame Perspektiven in der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik.

Deutschland und Kanada verbindet eine enge Partnerschaft, die auf gemeinsamen Werten, wirtschaftlicher Zusammenarbeit und einem klaren Bekenntnis zu einer regelbasierten internationalen Ordnung beruht.

Vor diesem Hintergrund haben wir über aktuelle globale Herausforderungen gesprochen – von geopolitischen Spannungen über Fragen der wirtschaftlichen Resilienz bis hin zu sicherheitspolitischen Entwicklungen.



Ein besonderer Fokus lag auf der Rolle Kanadas als verlässlicher Partner innerhalb der NATO. Gerade in Zeiten wachsender internationaler Unsicherheiten kommt der transatlantischen Zusammenarbeit eine zentrale Bedeutung zu. Kanada leistet hier einen wichtigen Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit und Stabilität.

Das Gespräch hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig der enge Dialog zwischen Deutschland und Kanada ist – sowohl bilateral als auch im Rahmen internationaler Bündnisse. Ich danke Herrn Haglund für den offenen Austausch und freue mich auf die weitere Vertiefung unserer Zusammenarbeit. •

Rathauschefs zu Gast in Berlin.

Im Rahmen einer zweitägigen Klausurtagung in Berlin habe ich gemeinsam mit meinem Kollegen Klaus-Peter Willisch die Delegation der Bürgermeisterkreisversammlung Limburg-Weilburg im Deutschen Bundestag empfangen. Der Besuch bot eine gute Gelegenheit, sich direkt und praxisnah über aktuelle Herausforderungen und Perspektiven der kommunalen Ebene auszutauschen.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen zentrale kommunalpolitische Themen – von finanziellen Rahmenbedingungen über Infrastrukturfragen bis hin zu den Auswirkungen bundespolitischer Entscheidungen auf Städte und Gemeinden. Gerade der direkte Dialog mit den Verantwortlichen vor Ort ist dabei von großer Bedeutung, um politische Maßnahmen realitätsnah zu gestalten.

Zugleich ging es auch um aktuelle Entwicklungen auf Bundesebene und deren Bedeutung für die kommunale Praxis. Der Austausch hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Kommunen ist, um Lösungen für die konkreten Herausforderungen vor Ort zu finden.

Ich danke allen Hauptamtlichen für den offenen und engagierten Austausch sowie für ihren Einsatz in unseren Städten und Gemeinden. •

Die gute Nachricht der Woche 800.000 Euro für den Sport in Bad Homburg

Gute Nachrichten für Bad Homburg: Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat beschlossen, 800.000 Euro aus dem Bundesprogramm zur „Sanierung kommunaler Sportstätten“ für die Modernisierung des Sportzentrums Nordwest bereitzustellen.

Mit dieser Förderung wird gezielt in die Zukunft des Sports vor Ort investiert. Das Sportzentrum Nordwest ist ein zentraler Treffpunkt für Vereine, Sportbegeisterte und den Nachwuchs. Die Sanierung sorgt für bessere Trainingsbedingungen, moderne Infrastruktur und stärkt das ehrenamtliche Engagement in unserer Region.

Gerade in Zeiten, in denen gesellschaftlicher Zusammenhalt wichtiger denn je ist, zeigt sich: Sport verbindet Menschen, schafft Gemeinschaft und fördert Teamgeist. Mit der Unterstützung des Bundes setzen wir hier ein klares Zeichen für lebendige Kommunen und einen starken Breitensport. •